

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

April 2022

**MEINE ERSTE REDE IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG**

100 TAGE-BILANZ
100 Tage Regierungskoalition

DAS OSTERPAKET

Der Turbo für die Erneuerbaren

ON TOUR IM WAHLKREIS

Bilder des Bürger*innen-Dialogs

INHALTSVERZEICHNIS

April 2022

Editorial	03
100 Tage-Bilanz Zwischenbilanz von 100 Tagen Regierungskoalition	04
BAFöG-Reform – das soll sich ändern Eine Vorstellung des Reformentwurfs und seiner Änderungen	06
Eine Milliarde Pflegebonus Wir bringen den Bonus auf den Weg - ich zeige wie	07
Das Osterpaket – Turbo für die Erneuerbaren Kurze Übersicht über das umfassende Maßnahmenpaket	08
Meine erste Rede im Deutschen Bundestag Meine Position zu einem Antrag der AfD	09
Rising Stars Award von politik&kommunikation Meine Auszeichnung als politischer „Rising Star“	11
On tour in Frankfurt Im Austausch mit Bürger*innen im Wahlkreis	12
Umtausch ukrainischer Hrywnja in Euro Geflüchtete brauchen schnellen Zugang zu ihrem Ersparnen	13
Unterstützung für die Ukraine Seit 2014 unterstützt Deutschland bereits die Ukraine	14
Facebook Whistleblowerin spricht im Digitalausschuss Frances Haugen über Geheimhaltung beim Social Network	15
Links und Impressum	16



13

On Tour im Wahlkreis

Bilder der Bürger*innen
Dialogs im März und April

EDITORIAL

Wir sind alle geschockt vom brutalen und völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und die Bilder und Berichte von den Gräueltaten dort belasten auch mich sehr.

Deutschland unternimmt - zusammen mit seinen Partnern in der EU und weltweit - sehr viel, um den Menschen in der Ukraine zu helfen und um möglichst schnell Frieden zu erreichen. Die Palette reicht dabei von harten Sanktionen gegenüber Russland und seiner politischen und wirtschaftlichen Elite über militärische und finanzielle Hilfe bis hin zu Vermittlungsversuchen auf diplomatischer Ebene. Besonders beeindruckend für mich ist die Welle an Solidarität und Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger mit den ukrainischen Flüchtlingen, die in Deutschland und auch in unserer Heimatstadt Frankfurt Schutz vor dem Krieg suchen.

So schlimm dieser Krieg auch ist, können wir es uns nicht erlauben, darüber die großen Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel, die Corona-Pandemie und die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes stellen, zu ignorieren. Auf allen Ebenen versucht die Regierungskoalition diesen Herausforderungen zu begegnen - durchaus mit ersten Erfolgen.

Davon und auch von meinen ganz persönlichen Aktivitäten als Vertreter Frankfurts im Bundestag will ich in diesem Newsletter berichten. Über [Feedback](#) freue ich mich immer!

Mit freundlichen Grüßen

Armand Zorn, MdB





100 TAGE-BILANZ

Mehr Fortschritt wagen – mit diesem Ziel haben wir uns als Ampel-Koalition auf einen ambitionierten Koalitionsvertrag verständigt und ein Bündnis für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Freiheit gebildet.

Gemeinsam werden wir die ökologische Transformation in Deutschland sozial gerecht gestalten, den Kampf gegen den Klimawandel verstärken und die Rahmenbedingungen für unsere moderne Gesellschaft verbessern.

Die ersten 100 Tage der neuen Regierungskoalition liegen hinter uns. Traditionell ist das ein Datum, um eine allererste Zwischenbilanz zu ziehen. Aus meiner Sicht fällt diese sehr positiv aus. Ich will im Folgenden nur einige wichtige Highlights nennen.

Vieles haben wir bereits erreicht: 12 Euro Mindestlohn werden ab Oktober 2022 Gesetz, Haushalte mit geringem Einkommen werden bei Heizkosten entlastet und für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir wichtige Weichen gestellt.

Doch neben den enormen Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel und die Pandemie stellen, sind

wir durch den Überfall Russlands auf die Ukraine mitten in Europa mit einem Krieg konfrontiert. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg markiert eine Zeitenwende. Putin hat damit die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung, die seit dem Ende des Kalten Krieges über 30 Jahre lang Bestand hatte, mutwillig zerstört. Dem ukrainischen Volk gilt unsere volle Solidarität und Unterstützung. Die Ampel-Koalition hat deshalb entschieden, die Ukraine im Rahmen ihres Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der VN-Charta auch mit Waffen und militärischen Ausrüstungsgütern zu unterstützen sowie mehr Geld für humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsam mit europäischen und internationalen Partner*innen haben wir mit schärfsten Sanktionen reagiert. Diese zielen vor allem auf Putin selbst, die russische Wirtschaft und die politische Elite – und die Sanktionen zeigen bereits Wirkung. Aber die Bundesregierung arbeitet auch mit Nachdruck daran, Gesprächskanäle offen zu halten und Verhandlungslösungen zu ermöglichen. Gleichzeitig nehmen wir im Schulterschluss mit unseren europäischen Partner*innen

die Vertriebenen aus der Ukraine mit offenen Armen auf.

Entlastungen wegen hoher Energiepreise

Die hohen Energiepreise bereiten vielen Bürger*innen weiterhin große Sorgen. Putins Krieg in der Ukraine lässt sie noch weiter ansteigen. Vor allem Geringverdiener*innen haben mit den hohen Kosten zu kämpfen. Wir sagen ganz deutlich: Heizen, Strom und Mobilität müssen für jeden bezahlbar sein. Deshalb haben wir schon frühzeitig auf die hohen Energiepreise reagiert und ein Entlastungspaket vereinbart, mit dem wir den Bürger*innen spürbar unter die Arme greifen. Dazu gehört ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger*innen, Bezieher*innen von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe. Wir haben diesen für Ein-Personen-Haushalte nun auf 270 Euro verdoppelt. Außerdem schaffen wir die EEG-Umlage bereits zum 1. Juli 2022 ab. Zudem erhöhen wir die Pendlerpauschale und entlasten damit Fernpendler*innen im ländlichen Raum. Zu den steuerlichen Entlastungen gehören auch eine Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags bei den

Werbungskosten und des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer. Zudem werden wir einen einmaligen Zuschuss von 100 Euro an Menschen ausbezahlen, die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme erhalten. Damit federn wir die steigenden Energiekosten und die pandemiebedingten Mehrausgaben ein Stück weit ab. Wir haben auch die Mieter*innen im Blick: Künftig sollen sie nicht mehr als die Hälfte der Kosten für den CO2-Preis beim Heizen zahlen. Zugleich schaffen wir Anreize, damit Vermieter*innen in die energetische Sanierung von Gebäuden investieren.

Klar ist jedoch auch - weitere Maßnahmen müssen folgen. Darüber beraten wir derzeit intensiv.

Entlastungen für Familien

Die hohen Energiepreise treffen vor allem sozial benachteiligte Familien. Sie haben es oft schwer, finanziell über die Runden zu kommen. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, werden wir deshalb eine Kindergrundsicherung einführen. Bis diese umgesetzt ist, erhalten Kinder aus ärmeren Familien einen Sofortzuschlag Höhe von 20 Euro monatlich.

Ab 2026 erhalten Grundschüler*innen stufenweise einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Wir haben dafür

gesorgt, dass die Länder mehr Zeit für die Beantragung von Bundesmitteln erhalten. Zudem haben wir die Beantragung vereinfacht.

Wir sorgen für Gute Arbeit

Jede Arbeit verdient Respekt. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer verdient Respekt für das, was sie leisten. Der gesetzliche Mindestlohn wird deshalb noch in diesem Jahr auf 12 Euro pro Stunde steigen. Besonders Frauen und Ostdeutsche profitieren von der Erhöhung.

Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise bewährt und Millionen Arbeitsplätze gerettet. Da einige Branchen noch immer durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus betroffen sind, haben wir das Kurzarbeitergeld bis zum Sommer verlängert. Auch viele der Unterstützungsmaßnahmen zur Abmilderung der Pandemiefolgen für Wirtschaft und Bevölkerung haben wir verlängert oder überarbeitet.

Sicher und fair durch die Pandemie

Die Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen vor allem während der Pandemie muss sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen. Deshalb haben wir

einen Pflegebonus für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen auf den Weg gebracht.

Vulnerable und ältere Menschen müssen vor dem Corona-Virus geschützt werden, denn ihr Risiko für einen schweren Verlauf ist sehr hoch. Deshalb haben wir das Infektionsschutzgesetz überarbeitet und eine Impfpflicht für Mitarbeitende in Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen eingeführt. So kann das Ansteckungsrisiko gesenkt und die Impflücke ein Stück weit geschlossen werden.

Kampf gegen Rechts

Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie - mit seinen mörderischen Anschlägen in Halle und Hanau, auf Walter Lübcke und den Tattaten des NSU. Diese Gefahr wurde von viel zu vielen jahrelang verharmlost. Mit einem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus wollen wir den Nährboden für extremistische Gewalt austrocknen. Außerdem haben wir am 11. März erstmals den nationalen Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt begangen. Damit rücken wir die Situation der Betroffenen und Angehörigen weiter in den Fokus.



BAFÖG-REFORM

DAS SOLL SICH ÄNDERN

Seit Jahren sinken die Empfängerzahlen von BAföG-Leistungen. Bezogen 2012 noch knapp eine Million Studierende und Schüler*innen BAföG-Gelder, so waren es 2020 nur noch 639.000.

Das soll sich jetzt ändern, denn das Bundeskabinett hat Anfang April eine Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetz (kurz BAföG) beschlossen. „Aufstieg durch Bildung“ - dieses Versprechen wollen wir erneuern.

Der Reformentwurf sieht vor, dass der Förderungshöchstbetrag von 861 Euro auf 931 Euro steigen soll. Denn gerade in Großstädten wie Frankfurt sind die Wohn- und Lebenshaltungskosten auf einem hohen Niveau.

Neben der Erhöhung der Fördersummen wollen wir das BAföG für mehr Menschen öffnen. Dafür ändern wir zum einen die Freibeträge: Bisher wurde Vermögen bis 8200 Euro nicht angerechnet, in Zukunft dürfen es 45.000 Euro sein. Auch das monatliche Einkommen der Eltern darf mit der Reform 20% mehr betragen als bisher, die Grenze wird von 2.000 Euro auf 2.400 Euro erhöht.

Neben den Freibeträgen steigen auch die Altersgrenzen: Die Altersgrenze für den Beginn einer Ausbildung steigt auf 45 Jahre. Bisher liegt sie bei grundsätzlich 30 Jahren sowie bei 35 Jahren für ein Masterstudium. Mit dieser wichtigen Änderung wollen wir Menschen ermöglichen, sich noch in ihren 30ern und 40ern zu qualifizieren.

Daneben wollen wir die bürokratischen Beantragungswege verschlanken und durch die Möglichkeit der digitalen Antragstellung vereinfachen. Das BAföG wird also flexibler, moderner, attraktiver und digitaler.



EINE MILLIARDE PFLEGE BONUS!

Die Beschäftigten in der Pflege haben in den letzten beiden Jahren der Pandemie Außergewöhnliches geleistet. Zum Personalmangel kamen die Corona-Mehrbelastungen obendrauf. Es ist eine Frage des Respekts, das Engagement der Pflegekräfte gerade in dieser schwierigen Zeit zu würdigen. Deshalb bringen wir einen weiteren Pflegebonus auf den Weg.

Wir wollen **500 Millionen Euro für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern** und weitere **500 Millionen für die Beschäftigten in der ambulanten und stationären Pflege für den Pflegebonus** aufwenden. Ein entsprechendes Gesetz der Ampel-Koalition wurde Anfang April in einer ersten Runde im Bundestag beraten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die besonders belasteten Intensivpflegekräfte einen erhöhten Pflegebonus erhalten sollen, um der besonders schwierigen Situation auf den Intensivstationen gerecht zu werden. In der ambulanten und stationären Langzeitpflege wird die Prämienhöhe von Faktoren wie Qualifikation und Wochenarbeitszeit abhängen und bis zu 550 Euro betragen. Doch nicht nur regulär Beschäftigte sollen den steuer- und sozialversicherungsfreien Pflegebonus erhalten. Auch Freiwilligendienstleistende oder Leiharbeiter*innen profitieren.

Die Zahlung einer Prämie beendet natürlich nicht die großen Probleme in der Pflege. Mit den vereinbarten Maßnahmen des Koalitionsvertrages werden wir aber für strukturelle Verbesserungen in der Alten- und

Krankenpflege sorgen. Mehr Personal, Lohngerechtigkeit, Verdienste in Tarifhöhe und familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle - all das werden wir anpacken.





DAS OSTERPAKET

TURBO FÜR DIE ERNEUERBAREN

Der Klimawandel und unsere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten machen einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien doppelt notwendig. Um einen echten Turbo für die Erneuerbaren zu zünden, setzen wir alle Hebel in Bewegung. Mit dem Osterpaket hat die Bundesregierung Anfang April ein umfassendes Maßnahmenpaket im Kabinett beschlossen.

Die Ampel-Koalition will bis zum Ende dieses Jahrzehnts den **Anteil der erneuerbaren Energien von derzeit gut 40 Prozent an der Bruttostromerzeugung auf 80 Prozent verdoppeln**. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Denn gleichzeitig gehen wir von einem ständig wachsenden Strombedarf in Deutschland aus. Wir brau-

chen also Tempo.

Das Osterpaket enthält viele Gesetzesänderungen. Im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) heben wir nicht nur die Ausbauziele an, sondern entlasten auch die Bürger*innen, Unternehmen und Haushalte, indem wir die Finanzierung der Energiewende über den Strompreis (EEG-Umlage) beenden. Zur Beschleunigung des Ausbaus wird im EEG der Grundsatz verankert, dass die **erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und damit Vorrang bekommen**.

Mit der Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) wollen wir die Ausschreibungsmengen für Offshore-Windenergieanlagen erhöhen und stärker fördern. Damit schneller mehr Windräder ans Netz

gehen, sollen außerdem Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden.

Auch an das Energiewirtschaftsgesetz gehen wir ran: Neben der Beschleunigung von Planungsverfahren für den Netzausbau, wollen wir die Aufsichtsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur gegenüber Energielieferanten und die Kompetenzen des Bundeskartellamts stärken. Damit reagieren wir auf die teilweise fragwürdigen Preisentwicklungen der letzten Monate im Energiebereich.

Das Osterpaket ist ein großer Schritt für mehr Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten. Die Ampel-Regierung meint es also ernst mit dem Motto des Koalitionsvertrages.





MEINE ERSTE REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Im April konnte ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag halten. Als Mitglied des Finanzausschusses durfte ich die Position der SPD-Fraktion zu einem Antrag der AfD erläutern:

Die Inflation in Deutschland ist auf dem höchsten Stand seit 40 Jahren. Die AfD dabei konnte der Versuchung des Populismus wieder einmal nicht widerstehen. Die Kernfrage hierbei ist: Wie unterstützen wir in diesen Zeiten die Bürger*innen mit geringen und mittleren Einkommen - und wie nicht?

Inflation hat enorme Umverteilungseffekte. Darunter leiden besonders Menschen mit niedrigen und mittleren

Einkommen - sie dürfen wir in solchen Zeiten nicht alleine lassen. Das bedeutet auch, dass der Bundestag über geld- und fiskalpolitische Maßnahmen beraten muss.

Die AfD hat in ihrem Antrag allerdings deutlich gemacht, dass sie den Kampf gegen die Auswirkungen der Inflation auf dem Rücken des Klimaschutzes austragen will. Das Emissionshandelsgesetz soll außer Kraft gesetzt, die Mehrwertsteuer auf Otto-, Diesel- und Heizkraftstoffe zeitweise ausgesetzt werden. Der Inflation soll mit geldpolitischen Instrumenten begegnet werden, obwohl der Deutsche Bundestag nicht für die Geldpolitik im Euroraum zuständig und die Unabhängigkeit der

EZB ein hohes Gut ist.

Wir als Ampelkoalition wollen die Bürger*innen entlasten und zeitgleich die sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Die Bundesregierung hat dazu bereits zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht - weitere Entlastungen sind in der Zukunft nicht ausgeschlossen.

Wir lassen unsere Bürger*innen nicht alleine. Es braucht aber mehr als das, was die AfD hier populistisch fordert.

Die Rede in voller Länge findet Ihr unter diesen Link:

[Video meiner ersten Rede im Deutschen Bundestag](#)



RISING STARS AWARD

VON **politik&
kommunikation**



Das Magazin **politik&kommunikation** hat auch dieses Jahr wieder 30 junge Hoffnungsträger*innen der deutschen Politik porträtiert. Das Magazin hat dabei Spitzenpolitiker*innen wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen oder SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich gefragt, wer die vielversprechendsten Nachwuchstalente in ihren Reihen sind - die sogenannten „Rising Stars“.

Der **Chef des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schmidt hat mich als seinen persönlichen „Rising Star“ vorgestellt**, worüber ich mich natürlich sehr gefreut habe. Er schreibt in der aktuellen Ausgabe von **politik&kommunikation**:

„Armand Zorn gewann nach einem starken Wahlkampf bei der letzten Bundestagswahl das Direktmandat in Frankfurt am Main. Seitdem bereichert er mit seinen vielfältigen Erfahrungen die Debatten im Bundestag. Aus seiner Zeit als Unternehmensberater kennt er sich in wirtschaftlichen Zusammenhängen aus. Gerade zu Fragen der digitalen Transformation und der Strategie hat er große Unternehmen, genauso wie kleine und mittelständische Unternehmen, unterstützt. Als Armand Zorn 2000 im Alter von zwölf Jahren aus Kamerun nach Halle an der Saale kam, war dieser Weg nicht unbedingt vorgezeichnet: Da er keine deutschen Sprachkenntnisse hatte, wollte ihn die Schulbehörde zunächst nicht auf das Gymnasium lassen. Sein Abitur machte er später mit Auszeichnung, studierte in Paris,

Chongqing, Konstanz sowie Bologna und erwarb Universitätsabschlüsse in Politikwissenschaft, International Economics und Wirtschaftsrecht. Seine vielfältige berufliche Erfahrung, der wirtschaftliche und finanzpolitische Sachverstand sowie das Engagement für soziale Chancengleichheit machen ihn für mich zum politischen „Rising Star“. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Ich bin davon überzeugt, dass von ihm auch künftig viel zu erwarten ist.“



(c) Thomas Koehler / photothek

ON TOUR IN FRANKFURT

Da mir der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig ist und nichts ohne persönliche Gespräche geht, fand vom 26.03. bis 02.04.2022 meine erste Wahlkreistour in unserem Wahlkreis 182 statt.

Bei bestem April-Wetter ging es von Nied über die Nordweststadt nach Griesheim in den Dornbusch, über

Rödelheim zurück nach Hausen ins Gallus und nach Höchst. Von der Bockenheimer Warte zum Weißen Stein und von Sossenheim wieder zurück in die Nordweststadt. Dort fand die Wahlkreistour einen schönen Ausklang bei Heinrichs Trinkhalle.

Viele Frankfurterinnen und Frankfurter konnten mit mir sprechen und ihre Anliegen kundtun. Die Corona-Pandemie und die Impfpflichtdebatte, der

Ukraine-Krieg und Fragen zum Thema Rassismus waren die Themenschwerpunkte, zu denen ich gerne Rede und Antwort stand.

Eine zweite Wahlkreistour ist diesen Spätsommer/Herbst geplant. Die Termine dafür, aber auch für meine regelmäßigen, telefonischen Bürgergesprächstunden, findet man auf meiner Internetseite: www.armandzorn.de





UMTAUSCH UKRAINISCHER HRYWNYJA IN EURO

Mitte März habe ich mich für eine schnelle Lösung für Geflüchtete ausgesprochen, damit diese ihr Geld in Euro umtauschen können. Auch wenn die weitere Entwicklung in der Ukraine völlig ungewiss ist, müssen wir den von dort geflüchteten Menschen so schnell wie möglich ein selbstständiges und wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben in Deutschland ermöglichen. Ein grundlegender Baustein dafür ist der Zugang zu finanziellen Produkten und Dienstleistungen. Dies ermöglicht es Menschen, ihre Ersparnisse zu nutzen, ihren ökonomischen Alltag zu bestreiten und Lohnzahlungen zu erhalten.

Menschen, die aus ihrem Heimatland fliehen, nehmen oftmals Ersparnisse in Form von Bargeld mit - so auch viele Geflüchtete aus der Ukraine. Die ukrainische Währung ist jedoch aktuell nicht umtauschbar, da die ukrainische Notenbank einen „kriegswirtschaftlichen Modus“ für die Währung ausgerufen hat. Banken, die jetzt ukrainische Währung annehmen, gehen ein quasi

hundertprozentiges Verlustgeschäft ein. Das mitgebrachte Geld kann daher nicht genutzt werden und ist für Geflüchtete praktisch wertlos.

Ich hatte daher das BMF aufgefordert eine nationale Übergangslösung anzubieten, wenn sich auf europäischer Ebene keine schnelle Lösung abzeichnen sollte.

Entsprechend habe ich das Thema am 15. März auch in die AG Finanzen eingebracht und am 17. März eine Anfrage zum Stand einer Lösung an die Parlamentarische Staatssekretärin Katja Hessel, BMF gestellt. Am 6. April wurde das Thema auch im Finanzausschuss diskutiert.

Obwohl die Europäische Kommission und die EZB miteinander im Gespräch zu möglichen Lösungsansätzen waren, hat dies leider nicht zu einer europäischen Lösung geführt. Nach Ansicht der Europäischen Kommission besteht keine Möglichkeit, das Wechselkursrisiko durch eine europäische Lösung abzusichern. Eine Vereinbarung unter den Mitgliedstaaten würde zu viel Zeit

in Anspruch nehmen.

Daher hat die Europäische Kommission nunmehr ihr Initiativrecht genutzt und am 1. April 2022 einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung „über den Umtausch von Hrywnja- Banknoten in die Währung von Aufnahmemitgliedstaaten durch Personen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen“ vorgelegt. Diese Empfehlung soll ein koordiniertes Vorgehen in Europa sicherstellen und enthält Eckpunkte für einen möglichen Umtausch. Die Empfehlung ist rechtlich unverbindlich, mögliche finanzielle Lasten wären national zu tragen. Die Verabschiedung des Textes durch den Rat erfolgt voraussichtlich in einem schriftlichen Verfahren, das laut französischer Ratspräsidentschaft vom 19. - 21. April 2022 durchgeführt werden soll.

Weiterführende Links zum Thema:

[Pressemitteilung der SPD Fraktion](#)
[Hessenschau Ticker zum Thema](#)
[Pressemitteilung auf meiner Website](#)



UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

Der brutale und völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine stellt, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz vollkommen zurecht formuliert, eine **Zeitenwende** dar. Zum ersten Mal seit dem Ende des 2. Weltkrieg hat ein unabhängiges Land in Europa ein anderes militärisch angegriffen. Die Massaker in Butscha und die Zerstörung von Mariupol und anderen Städten zeigen, dass Putin dabei bereit ist, zum Erreichen seiner Ziele auch grausame Menschenrechtsverletzungen zu begehen.

Es ist für mich selbstverständlich, dass wir der Ukraine und den Menschen dort solidarisch beistehen. Um sie vor den russischen Angriffen zu schützen und ihre Freiheit und ihr Leben zu verteidigen, aber auch um unsere eigene Freiheit, unsere Demokratie und unsere Art zu leben zu verteidigen. Und Deutschland beteiligt sich, zusammen mit unseren europäischen und weltweiten Partnern, sehr intensiv daran.

In der Diskussion über Waffenlieferungen - auch hier hat Deutschland direkt und indirekt bereits sehr viel getan - geht oft unter, wie Deutschland schon seit Jahren die Ukraine massiv unterstützt:

Deutschland ist seit der russischen Annexion der Krim 2014 zusammen mit den USA der größte Geldgeber der Ukraine; wir haben mit die **Ukraine mit über 2 Milliarden Euro unterstützt**. Und damit sind nicht die 2 Mrd.

Euro Militärhilfe gemeint, die wir erst vor wenigen Wochen zusätzlich beschlossen haben.

Allein aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit hat Deutschland die Ukraine seit 2014 bereits mit mehr als einer Milliarde Euro unterstützt. Dabei ging es um eine **starke, klimaverträgliche Wirtschaft, eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, Verwaltungsreform**, aber auch um **neue Infrastruktur und neue Wohnungen** für die Menschen, die aus der Ostukraine vertrieben wurden. Deutschland ist überdies auch größter Einzahler in den 2019 von den Vereinten Nationen eingerichteten humanitären Länderfonds Ukraine. Ebenso hat Deutschland die Ukraine in der Corona-Pandemie mit knapp 100 Millionen Euro für Schutzmittel, Beatmungs- und Diagnostikgeräte und Impfstoffe unterstützt.

Als sich im Dezember 2021 abzeichnete, dass eine russische Invasion geplant sein könnte, haben wir begonnen, mit den **europäischen und transatlantischen Partnern umfangreiche Sanktionspakete** vorzubereiten. So konnten wir mit Beginn der Invasion am 24. Februar 2022 sofort handeln und haben **Putin mit unserer Geschlossenheit und dem konsequenten Handeln überrascht**. Die inzwischen verhängten Sanktionen (wer mehr dazu wissen möchte, kann Einzelheiten in einem detaillierten [Wikipedia-Eintrag](#) nachlesen) haben das Ziel **Russland wirtschaftlich zu schwächen, um damit die Kosten des Krieges für Russland zu erhöhen**.

Außerdem soll das Land weitgehend vom internationalen Finanzsystem abgeschnitten werden, so dass Russland seine großen Devisenreserven nicht nutzen kann. Und mit den Sanktionen, die gegen Schlüsselpersonen der russischen Politik und Wirtschaft und deren Familienangehörige gerichtet sind, soll der Druck auf das Regime weiter erhöht werden.

Deutschland ist aktuell - abgesehen von den direkten Nachbarländern der Ukraine - **eines der Länder, das die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufnimmt**. Durch das Engagement vieler sowie den zahlreichen staatlichen Hilfsmaßnahmen leisten wir für hunderttausende ukrainischer Flüchtlinge, die vor der Zerstörung ihrer Heimat durch die russischen Truppen fliehen, praktische Solidarität. Auch in unserer Heimatstadt Frankfurt wird sowohl mit städtischen Mitteln als auch mit großer privater Unterstützung durch ehrenamtliches Engagement und vielen Spenden zahlreichen ukrainischen Flüchtlingen (in der Mehrzahl übrigens Frauen und Kinder) geholfen. Wer sich darüber informieren oder selbst unterstützen möchte, findet dazu weitere Informationen auf der [Internetseite frankfurt-hilft.de](#).

Ich bin stolz auf die massive deutsche Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung schon in den vergangenen Jahren, aber insbesondere natürlich seit dem Ausbruch des durch Russland begonnenen Krieges!



FACEBOOK WHISTLEBLOWERIN SPRICHT IM DIGITALAUSSCHUSS

Foto: Instagram

Am Mittwoch den 06. April 2022 stellte sich Frances Haugen unseren Fragen im Ausschuss für Digitales des Deutschen Bundestags. Gesprochen wurde vor allem über den Digital Service Act (DSA) der EU, Desinformation und demokratische Integrität. Haugen arbeitete zwischen 2018 und 2021 als leitende Produktmanagerin bei Facebook (heute Teil des Meta-Konzerns) und kümmerte sich um Fake News und Falschinformationen außerhalb der Vereinigten Staaten. 2021 hatte sie interne Unterlagen an Journalist*innen weitergeleitet. Aus den Unterlagen ging unter anderem hervor, dass Facebook Studien geheim hielt, welche die geistige Gesundheit von Jugendlichen im Zusammenhang mit ihrer Social Media Nutzung untersuchen.

Darüber hinaus habe Haugen während ihrer Zeit bei Facebook weitere Schwachstellen und Defizite beobachtet. Facebook investiere zu wenig in die Erkennung von Sprachen - abgesehen von Englisch. Der Konzern sei dramatisch unterbesetzt, wenn es um das Erkennen und Filtern von Falschinformationen ginge. So sei es zum Beispiel einfacher Falschinformation

nen auf Russisch oder Ukrainisch zu verbreiten als auf Englisch. Dies wird jetzt im Zuge des aktuellen Angriffskriegs gegen die Ukraine auffällig. Außerdem werden weiterhin Beiträge, die Wut und Hass schüren, von den Algorithmen des Konzerns bevorzugt, da sie häufig höhere Klickzahlen generieren.

Auch Programme, welche die Falschinformationen filtern, seien, laut Haugen, nicht die Lösung des Problems. Stattdessen brauche es neue Strategien, mehr Personal, Transparenz und Investitionen in die Sicherheit der Plattform. So könne man zum Beispiel 10-15% der Falschinformationen rausfiltern, wenn man Nutzer*innen dazu anhalte, einen Artikel zunächst zu lesen bevor er geteilt werden kann. Zudem müsse das Entscheidungsgremium bei Facebook diverser aufgestellt werden, um verschiedenen Perspektiven eine Stimme zu geben.

Haugen betont dabei, dass sich der Meta-Konzern der beschriebenen Probleme auf den Plattformen Facebook und Instagram bewusst sei, allerdings aus Profitgründen nicht viel unternommen werde. Es werde mehr Energie in die Verschleierung von Informationen und Studien auch gegenüber den

eigenen Mitarbeiter*innen gesteckt als in die Behebung der eigentlichen Sicherheitslücken. Aus diesem Grund bedürfe es Gesetzen und Regulierungen, argumentiert Haugen, welche die Plattformen dazu zwingen, gemeinwohlorientierte Maßnahmen umzusetzen.


Den Digital Service Act (DSA), welchen das EU-Parlament bald veröffentlicht, hält Haugen für einen Schritt in die richtige Richtung. Er könne die großen digitalen Plattformen zu mehr Transparenz zwingen und sie verstärkt in die Verantwortung nehmen. Facebook probiere, laut Haugen, mit der Entwicklung des „Metaverse“ die eigene Verantwortung auf kleinere Unternehmen abzugeben, was durch den DSA eventuell auch verhindert werden könne.

Weiterführende Links zum Thema

[Deutscher Bundestag - Facebook-Whistleblowerin fordert strengere Regulierung](#)

[Whistleblowerin Frances Haugen: „Facebook hat Blut an den Händen“ | tagesschau.de](#)

[Frances Haugen: Ein besseres Facebook ist möglich \(msn.com\)](#)



“ Liebe Grüße
aus Berlin und
bis zum nächsten
Monat!

LINKS: ARMAND ZORN **IM WEB**



IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 75492
Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra er-
wähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt
Erscheinungsjahr: 2022